Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf.
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 13. April 1889. Nr. 175.

Deutschland.

Berlin, 12. April. Gestern Nachmittag unternahm der Kaiser einen längeren Spazierritt nach dem Thiergarten und Grunewald und stattete auf der Rückkehr der Fürstin Bismarck zur Geburtstagsfeier noch einen Beglückwünschungsbesuch ab. Abends sahen die kaiserlichen Majestäten Frau v. Pfuel und Nichte, sowie den Lieutenant v. Chelius, den Professor v. Angeli und den Professor v. Hertel als Gäste bei sich zum Thee. Heute Vormittag wohnte der Kaiser in Potsdam den Kompagnie-Besichtigungen beim 1. Garde-Regiment zu Fuß bei. Morgen werden der Kaiser und die Kaiserin um 6 Uhr einer Einladung des Ministers des königlichen Hauses, Herrn v. Wedell, zum Mittagsmahl entsprechen.

C Als die Reichstagskommission zur Vorberathung der Alters- und Invaliditätsversicherungsvorlage sich entschlossen hatte, an die Stelle der der Renten- und Beitragsberechnung zu Grunde zu legenden Ortsgruppen die Lohnklassen zu setzen, sind regierungsseitig an der Hand der berufsstatistischen Nachweisungen zum Zwecke der Schätzung der für die Beiträge in den höheren Lohnklassen als erforderlich erachteten besonderen Sicherheitszuschläge Ermittelungen darüber angestellt worden, wie sich die Altersverhältnisse der zu versichernden Personen in einzelnen, für diese Lohnklassen vornehmlich in Betracht kommenden Gruppen gestalten und wie hoch sich für diese Gruppen und für die Gesammtheit der zu versichernden Personen die mittleren Invaliditätsziffern auf Grund der für die Beitragsberechnungen verwertheten Invaliditätstafel berechnen. Setzt man die mittlere Invaliditätsziffer für die Gesammtheit der zu versichernden Personen gleich 1, so ergeben sich nach diesen Ermittelungen für nachstehende Gruppen die folgenden mittleren Invaliditätsziffern: 1) für alle zu versichernden weiblichen Personen 0,8993; 2) für die sämmtlichen versicherungspflichtigen männlichen Personen im Alter von mehr als 18 Jahren 1,1520; 3) für die versicherungspflichtigen männlichen Personen des Handels und des Verkehrs im Alter von mehr als 30 Jahren 1,2675; 4) für die versicherungspflichtigen männlichen Personen der Industrie und des Bauwesens von mehr als 30 Jahren 1,3607. Diesen Ergebnissen entsprechend hat man den bei neuesten Berechnungen für die voraussichtlich als nothwendig sich herausstellenden Beiträge die relative Invalidenzahl in der 2. Lohnklasse um 15 Prozent, in der 3. um 25 und in der 4. um 35 Prozent höher gegriffen als sie sich für die Gesammtheit der Versicherten ergiebt.

— So infam wie am Donnerstag Abend ist der Extrablatt-Schwindel in Berlin wohl noch nie betrieben worden. Ein Abonnent der „Nat.-Ztg." schreibt dieser darüber:

„Als ich soeben 8¾ Uhr am Schreibtisch sitze, höre ich den uns auch hier im Westen leider zu gut bekannten Ruf: „Neuestes!" Neuestes!" Ich trete auf den Balkon und höre ganz deutlich und oft wiederholt: „Selbstmord der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich" und „Neueste Einzelheiten über den Selbstmord der Kaiserin von Oesterreich".

In größter Aufregung schicke ich meinen Diener auf die Straße und athemlos überbringt mir derselbe — Abendausgabe der „Berliner Neuesten Nachrichten" (20 Pf.), die einen Artikel über ein angebliches Leiden der Kaiserin Elisabeth bringen!

Ich war also Einer von denen, die nicht Alle werden — aber wenn das nicht grober Unfug ist, dann weiß ich nicht, wie's noch toller werden soll. — Ich werde wohl nicht der Einzige sein, der Ihnen in diesem Sinne schreibt."

Das oben zitirte Blatt bemerkt hierzu: Die in dem Schlußsatz ausgesprochene Vermuthung ist keine irrige. Aus der Keithstraße, der Friedrichstraße, der Potsdamerstraße kommt uns dieselbe Nachricht zu. Ungenirt wurde gerufen: „Die Katastrophe im Hause Habsburg" u. s. w. Da sich nicht annehmen läßt, daß an einer der angeführten Stellen Berlins der Betrug von nur einem Verkäufer verübt worden, so hat die betreffende Zeitung wohl das lebhafte Interesse daran, selbst festzustellen, von wem die Anregung zu einem Unfug ausgegangen, zu dem ihr Name mißbraucht worden ist.

— Die Einführung einer neuen Hoftracht bewahrheitet sich, wie an maßgebender Stelle zugestanden wird, vollkommen, und wird bereits an dem Zeremonial derselben gearbeitet. Zum Muster dient im Großen und Ganzen die Hoftracht aus der Zeit der Krönung König Friedrichs I.

C Der Generalkonsul von Sansibar, Michahelles, hat bekanntlich, nachdem er zwei Jahre hindurch in Ostafrika seinen Dienst versehen, den üblichen Urlaub angetreten. Während seiner Abwesenheit wird der Vizekonsul. Steifensandt, welcher von seinem bisherigen Urlaub dorthin zurückgekehrt ist, die Geschäfte des Generalkonsuls wahrnehmen. Herr Steifensandt hat bereits unter dem Generalkonsul Arendt in Sansibar die Stellung eines Vizekonsuls bekleidet. Außer ihm ist gegenwärtig bei dem deutschen Generalkonsulat in Sansibar noch der Assessor Behrendt thätig.

C Schon früher wurde gemeldet, Herr Dr. Peters habe die Führung der Emin Pascha-Expedition nur unter der Bedingung übertragen erhalten, daß er seine Beziehungen zu der ostafrikanischen Gesellschaft lösen würde. Wie wir hören, ist die völlige Lösung des Vertragsverhältnisses zwischen Dr. Peters und der letzteren Gesellschaft nunmehr erfolgt.

— Eine unangenehme Ueberraschung steht den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bevor. Der „Hamb. Korr." erfährt darüber Folgendes:

Nachdem in einer Reihe von Prozessen jede thätige Mitwirkung von Mitgliedern der Sozialdemokratie an der Erhaltung und Verbreitung der Parteiorganisation, bestehe dieselbe nun in dem Besuch geheimer Versammlungen, in dem Einsammeln von Geldern, der Verbreitung von Druckschriften oder in irgend einer anderen Betheiligung, als strafbare Theilnahme an einer geheimen Verbindung festgestellt ist, lag die Erwägung sehr nahe, ob nicht, wenn schon die Theilnahme an der Verbindung zur Bestrafung gezogen werde eine schwerere Verantwortung Diejenigen trifft, welche den ungesetzlichen Zustand ins Leben gerufen und bis zum heutigen Tage aufrecht gehalten haben, und welche vielleicht als Stifter, jedenfalls aber als Vorsteher der strafbaren Verbindung zu betrachten sind. Von dieser Erwägung ausgehend, soll, wie wir aus verläßlicher Quelle erfahren, wahrscheinlich im Anschlusse an den bevorstehenden großen Wupperthaler Sozialistenprozeß, durch welchen der Fortbestand der Verbindung zu erweisen sein wird, nach Schluß der tagenden Reichstagssession erwogen werden, ob nicht gegen die Mitglieder der Parteivertretung, welche durch Erlaß und Unterzeichnung von Aufrufen, Rechenschaftsberichten, Geldabrechnungen u. s. w., insbesondere aber durch Einberufung des St. Gallener Parteitages, wie also angenommen wird, sich selbst als die Vorsteher der strafbaren Verbindung bezeichnet haben, die Strafklage zu erheben sein wird. Eo ipso hätten damit in erster Linie sämmtliche Mitglieder der Reichstags-Fraktion Anklagen zu gewärtigen, und zwar nicht irgend einer bestimmten strafbaren Handlung wegen, sondern einzig und allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur Fraktion, in welcher eben die „Vorsteherschaft", d. i. die offizielle Parteivertretung, zu erblicken ist. Dringt die Anklagebehörde mit dieser als naheliegende Konsequenz der Geheimbundeprozesse sich ergebenden Anschauung durch, so ist damit ein Schlag gegen die Partei geführt, wie er vernichtender nicht geführt werden kann. Die ganze Parteivertretung wäre damit in die Luft gestellt, und es würde sich nur fragen, ob damit betreffs der weiteren Entwickelung der sozialdemokratischen Bewegung ein Gewinn im staatserhaltenden Sinne erzielt sein würde.

— Heute Vormittag sollte den getroffenen Bestimmungen gemäß der französische Senat als Staatsgerichtshof in drei Wahlgängen die neun ordentlichen Mitglieder und die fünf Ersatzmänner des Untersuchungsausschusses, sowie einen Stellvertreter des Vorsitzenden für die Gerichtsverhandlungen wählen. Am Nachmittag soll alsdann in öffentlicher Sitzung die Anklageschrift gegen Boulanger und Genossen verlesen werden. In geheimer Berathung wird darauf Beschluß darüber gefaßt werden, ob auf Grund der Anklageschrift die Untersuchung eingeleitet werden soll oder nicht. Die gestern erfolgte Vertagung der Abgeordnetenkammer bis zum 14. Mai wirkt, wie heute aus Paris, gemeldet wird, beruhigend: man möchte sich jetzt nur mit der Weltausstellung beschäftigen. Nur Jules Ferry, der entschlossenste und furchtloseste Gegner Boulangers, will von einem Waffenstillstand nichts wissen, wie aus folgender Meldung hervorgeht:

Paris, 12. April. Jules Ferry hielt gestern in der republikanischen Gesellschaft von 1789 eine lange Programmrede, die beweist, daß er bereit ist, wieder um die Regierung zu kämpfen. Nach einer Schilderung der Anzeichen eines Erwachens der gemäßigten Republikaner verurtheilte er den Pessimusmus in der Politik in schärfsten Ausdrücken. Pessimismus sei Faulheit und Zweifelsucht. Man treffe zu viel Leute in den Straßen, die jammerten: Wehe über dich, Jerusalem! Man sehe aber nicht genug Leute, welche auf die Stadtmauer stiegen, um sie zu vertheidigen. Man solle bedenken, daß die Siege der Schurken größtentheils durch die Schwäche der ehrlichen Leute herbeigeführt und die Erfolge der Marktschreier durch die Verblüffung verschuldet würden, welche die anständigen Leute empfänden, denen Marktschreierei etwas Unbekanntes sei. Die Republik habe Fehler begangen, namentlich viel Geld ausgegeben, obschon für große und nützliche Zwecke; der Hauptfehler sei aber die Schwäche der Regierung. Das Land wolle entschlossene und angesehene Präfekten, eine starke Regierung, einen minder bescheidenen Senat. Die Republikaner seien die Mehrheit, sie seien allmächtig und diese Partei solle sich die Gewalt entwinden lassen? Wenn sie dies thue, würde die Geschichte nicht genug Verachtung für sie haben. „Es ist genug, es ist zu viel", schloß Ferry, „daß der Boulangismus uns gegenwärtig zum Gespött Europas macht; es hängt von uns ab, daß er wenigstens nicht die Republikaner von 1889 zum Gespötte der Geschichte und der Zukunft mache."

C Die Uebernahme der luxemburgischen Regentschaft durch den Herzog Adolf von Nassau hat, der hohen Bedeutung des Ereignisses entsprechend, in den Formen eines feierlichen Staatsaktes stattgefunden. Unter sorgfältigster Beobachtung aller verfassungsmäßigen Vorschriften sind die Zügel der Regierung des Großherzogthums vorläufig provisorisch den Händen eines Fürsten übergeben worden, der sie aller Voraussicht nach in nicht gar ferner Frist definitiv übernehmen und als legitimer Herrscher es sich angelegen sein lassen wird, seine Unterthanen und sein Land den Weg einer friedlichen, die Förderung gemeiner Wohlfahrt verbürgenden Zukunft zu führen. Die hauptsächlichste Voraussetzung für eine gedeihliche Entwickelung der luxemburgischen Verhältnisse: herzliches, vertrauensvolles Entgegenkommen auf beiden Seiten, ist bereits in Erfüllung gegangen. Als Beweis dessen darf sowohl der Inhalt der zwischen den berufenen Vertretern der luxemburgischen Bevölkerung und dem Herzoge Adolf von Nassau ausgetauschten offiziellen Kundgebungen angesehen werden, wie nicht minder auch die Innigkeit und Wärme des Empfangs, den die Einwohnerschaft der Landeshauptstadt dem nunmehrigen Regenten aus freien Stücken bereitete. Der Boden für die Aussaat der Keime, aus denen die engste Eintracht zwischen der neuberufenen Linie des alten Herrscherstammes und dem in Treue und Anhänglichkeit für den Großherzog und sein Haus bewährten luxemburgischen Volke erblühen soll und wird, erscheint geebnet und so günstig vorbereitet, als guter Wille und redliche That dazu nur irgend vermögend sind.

Stehen sonach dem Einleben der nächst interessirten Parteien in die neuen Verhältnisse innere Schwierigkeiten und Hindernisse nicht entgegen, so darf ein Gleiches wohl auch in Betreff der auswärtigen Beziehungen des Großherzogthums gesagt werden. Luxemburgs internationale Stellung ist durch Vertrag zwischen den Großmächten geregelt und dieses Vertragsrecht erweist sich vollständig ausreichend, die Zukunft des Landes in demselben Maße zu sichern wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen. Es bildet etwaigen Begehrlichkeiten gegenüber einen Wall: das wird man sich vor allem dort gesagt sein lassen, wo notorischermaßen der internationale status quo nur widerwillig und gezwungen ertragen wird, unter dem stillschweigenden Vorbehalte, bei der ersten, dem kriegerischen Ehrgeiz Aussichten eröffnenden Gelegenheit diesen einer gründlichen Durchsicht zu unterziehen.

Wenn die Inspiratoren der „Rep. fr." es als eine zweifellose Gewißheit hinstellen, „daß die Luxemburger, welche Preußen niemals geliebt und ihm solches deutlich genug zu verstehen gegeben haben, überdies den größten Werth auf ihre Unabhängigkeit legen, der Verführung nicht erliegen werden", so beweist dies Mißtrauen, welches überall Hinterhalt und Treulosigkeit wittert, in erster Linie nur, ein wie schlechtes Gewissen den französischen Politikern inne wohnt. Wie letztere mit Luxemburg umspringen würden, falls es in ihre Macht gegeben würde, kann man an der Vorgeschichte des auf Luxemburg bezüglichen Londoner Traktats von 1867 studiren. Jetzt machen sie gute Miene zu dem ihnen „schlimm" dünkenden Spiele. Doch wird es ihnen nicht gelingen, einen Mißklang in die gehobene Stimmung zu bringen, mit welcher das luxemburgische Volk sich seinem neuen Regenten anvertraut hat. Auch in Luxemburg hat man das Jahr 1867 nicht vergessen und weiß recht genau, wessen das Land sich unter anderen Umständen von der französischen Begehrlichkeit zu versehen haben würde.

— Man schreibt der „Köln. Ztg." aus Petersburg unter dem 8. April: Alle, die in der letzten Zeit Kaiser Alexander gesehen haben, finden ihn gegen früher, seinem Auftreten und seiner Stimmung nach, wesentlich verändert. Während er ehemals, namentlich im Anfang seiner Regierung, sehr zurückhaltend, fast unsicher auftrat und, wo er sich öffentlich zeigte, einen oft fast düstern Ernst zur Schau trug, hat er sich jetzt völlig das zarische Selbstbewußtsein angeeignet, welches die Russen beim Zaren so gern sehen. Auch macht er, besonders seit der letzten Zeit, im Verkehr selbst mit Fernerstehenden, ja mit solchen, die ihm nur flüchtig vorgestellt werden, einen weit heiterern und glücklichern Eindruck als früher. Bemerkenswerth für seine Auffassung der Stellung Rußlands ist eine Aeußerung, die er kürzlich in einem Gespräch über die ausländische Presse that über deren Bemerkungen betreffs der Stellung Rußlands als europäische oder als asiatische Großmacht, über dessen Interessen im Westen und Osten. Der Zar meinte: „Ich begreife gar nicht, wie man Rußlands Stellung so auffassen kann; ein Blick auf die Karte genügt, um zu zeigen, daß Rußland der sechste Theil der Welt ist, und damit ist seine Stellung gegeben."

Frankfurt a. M., 10. April. Die Beamtenwohnhäuser, mit deren Erbauung die Stadt Frankfurt auf Dr. Miquels Anregung vorgegangen ist, veranlaßten gestern wieder lange Auseinandersetzungen in der Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat will auf dem beschrittenen Wege weiter gehen und hatte die Erbauung von drei weiteren Doppelhäusern mit Wohnungen mit zu zwei Zimmern und eines Doppelhauses Wohnungen zu drei Zimmern für die städtischen Beamten beantragt. Die Vorlage stieß aber auf verschiedene grundsätzliche Gegner, welche meinten, wenn man die Beamten unterstützen wolle, so möge man ihre Gehälter aufbessern; jedenfalls solle man erst weitere Erfahrungen mit den vor Jahresfrist gebauten Beamtenwohnungen sammeln. Dem gegenüber wies Oberbürgermeister Dr. Miquel in überzeugender Weise nach, daß der erste Versuch mit Beamtenwohnungen durchaus geglückt sei. Die Beamten wohnten billiger und besser als früher und die Stadt ziehe aus den Wohnungen trotzdem noch eine Rente von $4\frac{1}{2}$ Prozent. Sie gewähre also den Beamten eine Unterstützung, ohne nöthig zu haben, dafür irgend welche Geldmittel aufzuwenden. Die Stadt sei in derselben Lage wie ein großer Arbeitgeber, von welchem man mit Recht verlange, daß er auch für die Wohnungsverhältnisse seiner Arbeiter sorge, und er sei stolz darauf, daß Frankfurt durch Erbauung von Beamtenwohnungen ein Beispiel gegeben habe, welches jetzt schon von anderen Städten nachgeahmt zu werden beginne. Auch trete die Stadt nicht, wie von deutschfreisinniger Seite behauptet worden war, mit den Bauunternehmern in Wettbewerb, da diese schon wegen der Schwierigkeit der

Verwaltung vom Bau kleiner Wohnungen abgesehen, so daß am letztern hier thatsächlich ein Mangel vorhanden ist. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte denn auch schließlich mit großer Mehrheit die Erbauung der drei Häuser mit zweizimmerigen Wohnungen. Bezüglich des Hauses mit Wohnungen zu drei Zimmern wurde der Magistrat um eine neue Vorlage ersucht, da man einen andern als den vorgeschlagenen Bauplatz wünschte.

Ausland.

Luxemburg, 11. April. Die Rede, mit welcher der Herzog die Ansprache des Präsidenten Servais in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer beantwortete, hatte folgenden Wortlaut: „Ich danke dem Herrn Präsidenten für seine herzlichen Worte, Ich danke ihm besonders für die Versicherung der Treue, der Anhänglichkeit des Luxemburger Volkes an Seine Majestät den König-Großherzog und das Haus Oranien-Nassau Solche Gefühle ehren ebenso sehr das Land, das sie hegt, als die Fürsten, die sich derselben würdig zu machen verstanden haben. Mit bewegtem Herzen übernehme Ich heute die Zügel der Regierung aus der dahinsinkenden Hand unseres tiefbetroffenen Fürsten, Meines Verwandten und Jugendgenossen, der das Opfer eines unerbittlichen Geschickes geworden ist, nachdem er vierzig Jahre lang sein Volk auf der Bahn der Freiheit und des Glückes geführt hat. Die schwere Bürde der Regentschaft, welche Ihre Verfassung und die Gesetze Meines Hauses Mir auferlegt haben, übernehme Ich mit der Zuversicht, daß alle diejenigen, welche bislang so erfolgreich an der Führung der Landesgeschäfte mitgewirkt haben, Mir fürderhin in demselben Maße ihre Mithülfe gewähren werden Im Verein mit Ihnen, meine Herren Deputirten, und mit den übrigen Organen der öffentlichen Gewalt werde Ich unserem verehrten Fürsten dienen treu und loyal, in achtungsvoller Anerkennung der Konstitution und der Landesgesetze, deren maßvolle Ausführung unsere öffentliche Wohlfahrt in so wirksamer Weise gefördert hat. Von heute ab, meine Herren, bin Ich, wie Sie, Luxemburger aus ganzem Herzen. (Wiederholtes Bravo.) Ich hege den einzigen Wunsch, mit Ihnen vereint an der moralischen und materiellen Weiterentwickelung unseres gemeinsamen Vaterlandes, an der Aufrechterhaltung seiner freien Institutionen, sowie an der Befestigung seiner Autonomie und seiner Unabhängigkeit zu arbeiten. Ich werde damit übrigens nur Meine Pflicht erfüllen. Das Pflichtgefühl, meine Herren, ist von jeher der Leitstern, der oberste Grundsatz des Hauses Nassau gewesen, wie eine langjährige Erfahrung es Ihnen beweist. (Bravo!) Die Pflicht, die Ich übernommen, — es drängt Mich, es Ihnen zu sagen, — steht in vollem Einklang mit Meinen innigsten Wünschen und Bestrebungen. Ich vermag diese Gesinnung wohl nicht besser zum Ausdruck zu bringen, als durch die alte Devise des Hauses Oranien-Nassau, welche Se. Majestät der König und Ich vor mehr denn 30 Jahren für den, den beiden Zweiglinien unseres Stammes gemeinsamen Orden des goldenen Löwen erwählt, welche Sie so oft in begeistertem Jubel begrüßt haben, und welche in diesem Augenblicke ein Lobspruch auf die Vergangenheit sowohl, als eine Bürgschaft für die Zukunft ist: „Je maintiendrai!“ (Zujauchzendes Bravo auf allen Bänken. Der Herzog verläßt den Saal unter lebhaften Zurufen.)

Luxemburg, 11. April. Der Wortlaut der Rede des Regenten in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde der Bevölkerung durch Maueranschlag in französischer und deutscher Sprache mitgetheilt.

Luxemburg, 12. April. Bei dem gestern nach der Eidesleistung den Mitgliedern der Deputirtenkammer gegebenen Bankett brachte der Herzog folgenden Toast auf den König aus:

„Wir wollen unsere Gläser mit der Bitte leeren, daß die Vorsehung dem König-Großherzog Kraft geben möge, die grausamen Leiden zu ertragen, mit denen sie ihn heimgesucht, und seine kostbaren Tage noch weiter zu verlängern.“

Bald nach diesem Toast trank der Herzog mit folgenden Worten auf das Wohl des Landes:

„Es sind 23 Jahre her, seitdem Ich Mein Vaterland verlor. Ich finde heute ein neues bei Ihnen. Ich trinke auf dessen Glück und Gedeihen und bitte, Gott möge Mir Einsicht und Kraft geben, alle Zeit den Weg zu finden und einzuhalten, welcher zum Wohl des Landes führt. Ich leere Mein Glas bis auf den letzten Tropfen und will Ihnen einige Worte sagen, die sicher in Ihren und aller Luxemburger Herzen wiederklingen: Mir wellen bleiwen, wat mir sin.“

Beide Toaste wurden mit unbeschreiblichem Jubel aufgenommen.

Paris, 10. April. Die Deputirtenkammer wird sich, wie verlautet, am 11. April vertagen, aber nicht, wie es zuerst hieß, bis zum 14., sondern bis zum 15. Mai. Das Budget noch vor den Osterferien zu prüfen und zu bewilligen, ist nicht mehr Zeit genug, da die Kammer durch allerlei Gezänk und Streit und durch die unerquickliche Art, sich in alles zu mischen, was sie eigentlich nichts angeht, die theuren Monate vom Januar an, die dem Budget verfassungsmäßig gewidmet werden sollen, wieder vergeudet hat. Man kann froh sein, wenn nach den Osterferien der nervus rerum des ganzen Staates ernstlich in Betracht gezogen werden wird. Die Kammerferien werden eine stillere Periode bringen und der Einleitung zur Centennal-Ausstellung gewidmet werden, wenn nicht der Senat Anlaß zu heftigem Streite giebt. Schon am Freitag, also sofort nach Eintritt der Kammerferien, wird sich der Senat zur Wahl der Untersuchungskommission versammeln; die Wahl wird wahrscheinlich durch Listen bewirkt werden, d. h. die neun Mitglieder und die fünf Ersatzmänner werden auf Listen zusammengestellt werden; die Rechte wird, wie in der Parteiversammlung am 10. beschlossen wurde, gleichfalls eine Liste aufstellen. Die Blätter heben die starke Mehrheit hervor, womit die Kammer das Gesetz über das Gerichtsverfahren des Senats angenommen habe: 318 gegen 205 Stimmen, ferner die beharrliche Verwerfung der zahlreichen Aenderungsanträge und die Entschlossenheit, endlich mit der Boulangerei aufzuräumen. Das „Evenement“ äußert sich besonders zuversichtlich: „Das Komplott ist offenkundig; das Attentat hat begonnen, es ist auf dem Wege der Ausführung und wäre bereits vollführt, wenn die Verhältnisse günstiger gewesen wären.“ Die Einreden der „Lanterne“ und des „XIX. Siecle“, das Gesetz sei ein „Gesetz der kollektiven Willkür“, ist lächerlich; Boulanger hat ein „Komplott der kollektiven Willkür“ gemacht; mußte dem nicht ein „Gesetz der kollektiven Willkür“ dienen? Aber der oberste Gerichtshof ist, was unter dem Bürgerkönige die Pairskammer war; diese war aber bei der damaligen Generation durchaus nicht mißliebig und wurde noch weniger als Ausnahmegericht verschrien. Daß ein solches Gericht aber so nöthig für die jetzigen Zustände ist wie das tägliche Brod, liegt auf der Hand und muß selbst von denen zugestanden werden, die gegenwärtig Ursache haben, den Senat als Gerichtshof anzugreifen und zu verdächtigen.

Rom, 8. April. Die Aufregung über die Ereignisse in Afrika ist in den letzten paar Tagen noch bedeutend gestiegen. Geheim bleibt hier bei solchen Zeiten sehr wenig. Wenn Nachmittags Ministerrath war, so kann man mitunter Abends schon ganz ausführliche, wenn auch nicht immer durchaus genaue Mittheilungen über die Verhandlungen vernehmen. Zum Theil bringt das die parlamentarische Regierungsform, zum Theil auch die Zusammensetzung eines aus verschiedenen Parteigruppen bestehenden Kabinets mit sich. Interessant für den unbefangenen Beobachter ist es, wie die Männer der Linken bei der jetzigen Gelegenheit und frisch nach der Umformung des Kabinets wieder mit Lebhaftigkeit gegen Crispi vorgehen. Wenn man ihnen glauben wollte, wäre es hauptsächlich Crispi, der auf entschiedenes Vorgehen und Eingreifen in Abessinien hindrängte Die „Tribuna“ stellt die Dinge so dar, als ob der Kriegsminister durch einen kalten Wasserstrahl von Ausgabeziffern den heißen Kriegsmuth des Ministerpräsidenten habe dämpfen müssen. Man wird nicht fehl gehen, wenn man diese Darstellung als stark übertrieben, um nicht zu sagen entstellt, ablehnt. In dem fraglichen Ministerrath, der unter dem Vorsitz des Königs stattfand, hat der Kriegsminister naturgemäß über die Lage und über die verschiedenen Wege, die Sachlage in Abessinien auszunutzen, in eingehender Weise, auch mit Kostenanschlägen, Bericht erstattet. Die Kostenanschläge lagen noch vom vorigen und vorvorigen Jahre bereit Für einen Zug nach Abessinien soll da als geringste Summe 20,000,000 Franks angeführt worden sein, während für Besetzung und Befestigung von Asmara und Keren als geringster Betrag 6,000,000 Franks genannt wurden. Beschlossen wurde, soviel verlautet, zunächst nur, einstweilen die sichere Bestätigung der Nachrichten aus Abessinien über Niederlage und Tod des Negus abzuwarten, inzwischen aber die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um dann Italiens Interessen wahren zu können. Daß es sich dabei nicht um einen Vorstoß in das Innere Abessiniens handeln kann, sondern höchstens um Sicherung von einem oder zwei Punkten, die für weitere friedliche Abmachungen sowohl wie für ungünstige Wendungen Italiens Stellung stärker und sicherer gestalten würden, liegt für jeden unbetheiligten Zuschauer auf der Hand.

Rom, 10. April. Dem Vernehmen nach dürfte der Zar den Bischof von Wilna begnadigen, sobald ein Einvernehmen mit dem Vatikan wegen Wiederbesetzung der vier russischen bezw. polnischen Bischofssitze erzielt worden ist.

Bukarest, 11. April. In dem neuen Kabinet wird General Mano das Portefeuille des Krieges übernehmen, nicht, wie zuerst gemeldet, Catargi.

Bukarest, 11. April. Die eben ins Leben tretende „Agence Roumaine“ verbreitet folgende halbamtliche Kundgebung: Die in Rumänien soeben abgelaufene Ministerkrisis hat der ausländischen Presse vielfach zu irrigen Auslegungen Anlaß gegeben. Die Bildung des neuen, konservativen Kabinets unter Vorsitz Catargis ist ausschließlich durch die Forderungen der parlamentarischen Lage und durch Rücksichten auf die innere Politik veranlaßt worden und bleibt ohne Einfluß auf die Beziehungen Rumäniens zu den fremden Mächten.

Bukarest, 11. April. In der Deputirtenkammer beantwortete der neue Ministerpräsident Catargi eine Interpellation über die auswärtige Politik des neuen Kabinets, indem er hervorhob, die Neutralität sei die Devise der gegenwärtigen Regierung. Dieselbe werde die Frage der Ausweisung russischer Unterthanen eingehend prüfen, um zu erfahren, ob die Ausweisungen berechtigt waren oder nicht. Carp, der bisherige Minister des Auswärtigen, erklärte, die Neutralität habe keinen Sinn in Zeiten eines Krieges, und verlangte, daß man die Propaganda der Panslavisten bekämpfe. Der gegenwärtige Minister des Aeußern Lahovarie wird morgen antworten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. April. Ein Bauerngutsbesitzer, welcher Mitglied einer Viehversicherung geworden war, hatte die jährlichen Beiträge stets pünktlich entrichtet, auch zweimal die Versicherungsprämien bei Unglücksfällen auf seinen Antrag gezahlt erhalten. Da die für das Jahr 1885 ausgeschriebenen Zuschüsse ihm zu hoch waren, lehnte er die Zahlung entschieden ab. Auf die deshalb gegen ihn angestrengte Klage berief sich der Beklagte zur Rechtfertigung seiner Weigerung auf den Mangel eines gültigen Vertrages, indem er des Schreibens und Lesens gänzlich unkundig sei und seinen Namen unter dem Vertrag nur mechanisch nach einem ihm vorgelegten Schema nachgemalt hätte. Nach § 172 Theil 1 Titel 5 Allgemeinen Landrechts hätte daher der Vertrag gerichtlich oder notariell geschlossen werden müssen. Trotz dieses im Gesetz begründeten Einwandes hat das Gericht die Verurtheilung zur Zahlung ausgesprochen und in den Urtheilsgründen ausgeführt, daß der Beklagte zwar berechtigt sei, die Gültigkeit des ganzen Vertrages mangels der gesetzlichen Form anzufechten, er aber nicht befugt erscheine, den Vertrag wegen der ihm zustehenden Rechte als gültig in Anspruch zu nehmen und nur wegen seiner Pflichten anzugreifen. Wie erwiesen worden, hat Beklagter zweimal die von ihm beantragte Entschädigung gezahlt erhalten, er hat dadurch also selbstredend das Recht, den Vertrag wegen Formmangels widerrufen zu können, verloren, indem in seiner Handlungsweise sein Anerkenntniß zum Inhalt des Vertrages gefunden werden muß.

— Der deutsche Techniker-Verband (Zentralbureau Berlin C., gr. Präsidentenstraße 7) wird in diesem Jahre seinen 6. Verbandstag in Nürnberg, der geschichtlich interessanten, ehemaligen deutschen Reichsstadt, abhalten. Die geschäftlichen Verhandlungen sollen am ersten Ostertage beginnen und werden voraussichtlich am dritten Tage ihren Abschluß finden. Wie in den Vororten der früheren Verbandstage, so wird auch in Nürnberg den Delegirten der circa 60 Lokalvereine des Verbandes, sowie den übrigen Theilnehmern ein festlicher Empfang bereitet.

— Dem soeben erschienenen 29. Jahresbericht über den Stand und die Wirksamkeit der deutschen Schiller-Stiftung entnehmen wir Folgendes: Die Gesammtsumme, welche der Vorort München im Jahre 1888 verwendete, betrug 37,545 Mark. Davon entfielen auf a. lebenslängliche Pensionen 9050 Mark, b. auf transitirende (auf ein oder mehrere Jahre bewilligte) Pensionen 21,285 Mark, c. auf einmalige Zuwendungen 7210. Die Summe, welche von den Zweigstiftungen für Lokalunterstützungen verausgabt wurde, betrug 8440 Mark und 1675 Fl. österr. W. Wird die Summe der Leistungen der Zweigstiftungen den obigen drei Kategorien angeschlossen, so ergiebt sich eine Gesammtsumme von 48,665 Mark, welche von sämmtlichen deutschen Schiller-Stiftungen im Jahre 1888 verwendet worden ist.

— Dem emeritirten Pastor Schmidt zu Steinhöfel im Kreise Saatzig ist der Rothe Adlerorden vierter Klasse, dem bisherigen Landrath des Kreises Anklam, Geh. Regierungs-Rath v. Oertzen auf Pamitz im Kreise Greifswald, der königl. Kronen-Orden zweiter Klasse und dem pensionirten Steuer-Aufseher Radtke zu Wollin, bisher hierselbst, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Am Schullehrer-Seminar zu Franzburg ist der Pfarrvikar Wulff zu Zackenzin als erster Lehrer angestellt worden.

— Der von den Gemeindeorganen der Thomasgemeinde zu Berlin gewählte Prediger Gräbner aus Kolberg ist vom Konsistorium nicht bestätigt worden.

— Landgericht. Strafkammer 3. — Sitzung vom 12. April. — Der Bootsmann Joh. Christ. Fr. Schütt aus Kamminke fährt seit 8 Jahren auf dem Dampfer „Kreßmann“, welcher die Tour Danzig-Stettin fuhr. Da von der Fracht wiederholt Gegenstände fehlten, welche seitens der Rhederei ersetzt werden mußten, wurde im Herbst v. J. seitens der Kriminalpolizei eine plötzliche Untersuchung der Schiffsräume vorgenommen und in der Koje des Schütt wurden eine ganze Menge Sachen vorgefunden, die zweifellos von der Schiffsfracht entwendet waren und eine Haussuchung in dessen Wohnung förderte noch mehr dergleichen Waaren ans Tageslicht. Gegen Schütt wurde deshalb Anklage wegen Diebstahls erhoben und stand heute in der Sache Termin an. Bei seiner Vernehmung bestritt Schütt entschieden die Diebstähle, er behauptete, alle bei ihm gefundenen Sachen auf ehrliche Weise erlangt zu haben. Die Beweisaufnahme fiel aber so belastend aus, daß der Gerichtshof von der Schuld des Angeklagten überzeugt war und ihn zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilte.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: 12. Gastspiel des herzogl. sachsen-meiningenschen Hoftheaters. Zum 1. Male: „Ein Wintermärchen.“ — Bellevuetheater: „Martha“, oder: „Der Markt zu Richmond.“

Bankwesen.

(Thüringische Eisenbahn-Prioritäten Em. VI. (Serie VI.). Die nächste Ziehung findet Ende April statt. Gegen den Koursverlust von ca. $4^1/_2$ pCt. bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 7 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Königsberg i. Pr., 12. April. Der Eisbrecher ist mit 7 Schiffen im Schlepptau heute hier eingetroffen; die Schifffahrt ist somit eröffnet.

Danzig, 12. April. Der Aviso „Grille“ ist auf der Fahrt von Swinemünde nach Danzig in der Nähe des Leuchtthurms von Rixhöft gestrandet.

Köln, 12. April. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin:

Die Beschlüsse der Direktions-Sitzung der Neu-Guinea-Kompagnie können als Abschluß der bisherigen Aufschließungs-Arbeiten und als Beginn der geschäftlichen Nutzbarmachung des Kaiser Wilhelmlandes gelten. Die staatliche Verwaltung des deutschen Schutzgebietes geht von der Gesellschaft auf das Reich über. Die kaufmännische Leitung des Kaiser Wilhelmlandes wird einem kaufmännischen Direktor übertragen. In Folge des günstigen Ergebnisses wird der Tabaksbau in größerem Maßstabe aufgenommen und deshalb auf die einzelnen Gesellschafts-Antheile eine weitere Einzahlung von je 1500 Mark ausgeschrieben. Einen endgültigen Beschluß faßt die nächste Hauptversammlung.

Pest, 11. April. In der heutigen Klubsitzung der liberalen Partei waren die neuen Minister anwesend. Dieselben führten sich mit längeren Ansprachen ein und waren, wie die Regierung überhaupt, Gegenstand begeisterter Vertrauenskundgebungen. Für letztere dankte Tisza mit warmen Worten unter dem Hinweise auf die bewunderungswürdige Ausdauer der Partei in der Vertheidigung der Interessen des Vaterlandes.

Rom, 11. April. Der Abgeordnete Sonnino überreichte dem Präsidenten der Kammer eine Interpellation über das Verhalten der Regierung in Folge der letzten Ereignisse in Afrika.

Erzherzog Albrecht von Oesterreich ist in Verona eingetroffen. Die Königin von Belgien ist mit der Prinzessin Klementine von Mailand nach Venedig gereist.

Rom, 11. April. Wie es heißt, werde der König in Begleitung des Ministers Crispi in der zweiten Hälfte des Mai seinen Besuch am Berliner Hofe machen; es sei noch nicht festgestellt, ob die Königin und der Kronprinz mitreisen werden.

Mailand, 12. April. Der König hat die ihm seitens des Sindaco Negri überbrachte Einladung der Stadt Mailand zur Theilnahme an den nächsten Monat hier stattfindenden großen Festen angenommen und sein Erscheinen zugesagt.

Petersburg 12. April. Der Senator Geh. Rath v. Huebbent ist zum interimistischen Leiter des Ministeriums der Wege und Verkehrsanstalten ernannt worden.

Newyork, 11. April. Der Sohn des Präsidenten Harrison, Russell Harrison, ist verhaftet worden, weil er in einem von ihm in Montana herausgegebenen Blatte einen Artikel des Journals von Buffalo abgedruckt hatte, der verleumderische Beschuldigungen gegen Schuyler und Crosby enthalten soll. Nach Stellung einer Kaution von 5000 Doll. wurde Harrison wieder auf freien Fuß gesetzt.

Briefkasten.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß anonyme Zuschriften unberücksichtigt bleiben. — M. M., hier. Wenden Sie sich an einen der hiesigen Photographen, ein jeder kann Vergrößerungen von Porträts nach Photographien anfertigen. — O. L., hier. Sie können die Todeserklärung schon jetzt beantragen. — U. H., hier. Breslau ist Haupt- und Residenzstadt. — L. St., Löcknitz. Wir rathen Ihnen nicht zur Klage, denn die von dem Rechtsanwalt in Ansatz gebrachten Gebühren entsprechen der gesetzlichen Taxe. — W. K., Pasewalk. § 29 des Gesetzes über das Postwesen vom 28. Oktober 1871 bestimmt: „Wer wissentlich, um der Postkasse das Personengeld zu entziehen, uneingeschrieben mit der Post reist, wird mit dem vierfachen Betrage des defraudirten Personengeldes, jedoch niemals unter einer Geldstrafe von 3 Mark bestraft.“

Wasserstand.

Oder bei Breslau, 11. April, 12 Uhr Mittags, Oberpegel 5,51 Meter, Unterpegel + 2,20 Meter. Brieg, 11. April, 7 Uhr Vormittags, Oberpegel 5,86 Meter, Unterpegel 4,42 Meter. Steigt. Glogau, 11. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,46 Meter. Fällt. Ratibor, 11. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,88 Meter. Fällt. Steinau a. O., 11. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,40 Meter. Steigt. — Elbe bei Dresden, 11. April, + 0,82 Meter. Magdeburg, 11. April, + 3,72 Meter. — Warthe bei Posen, 11. April, Mittags, 3,88 Meter